

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Ereignisse dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben und Sie dabei über den Jahresrüstungsbericht 2010 und das Rahmenprogramm zur Gesundheitsforschung informieren. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Jahresrüstungsbericht 2010
2. Rahmenprogramm Gesundheitsforschung
3. Relevantes für Mannheim und die Region



1. Jahresabrüstungsbericht 2010

Mit dem Jahresabrüstungsbericht 2010 informiert die Bundesregierung in dieser Woche über den Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale im Jahr 2010. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist überzeugt, daß Abrüstungspolitik kluge Sicherheitspolitik ist. Verantwortungsbewusste Abrüstungspolitik darf die Vision einer friedlicheren Welt nie aus dem Auge verlieren. Sie muß aber realpolitisch mit der Wirklichkeit umgehen. Denn Abrüstung ist ein Prozess, kein Selbstzweck. Markenzeichen wertebundener und interessengeleiteter Außenpolitik ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die enge Abstimmung im Bündnis. Deutschland kann seine Ziele nicht allein erreichen. Nur Bündnissolidarität bringt außenpolitische Handlungsfähigkeit, die wir brauchen. Darum steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei allen notwendigen abrüstungspolitischen Schritten für eine enge Abstimmung in NATO und EU. So hat sich Deutschland bei der Ausarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts der NATO erfolgreich für die Aufnahme von abrüstungspolitischen Forderungen hin zu einer Welt mit deutlich weniger Nuklearwaffen ausgesprochen. Für die Unionsfraktion ist Abrüstung ein Instrument vorsorglicher Krisenprävention und aufmerksamer Krisennachsorge. Ergebnisse sollten sich bewerten lassen - wir wollen ein Mehr an Transparenz, ein Mehr an Vertrauen und schließlich ein Mehr an Sicherheit.

Für die CDU/CSU ist aber auch klar, daß abrüstungseuphorische Blauäugigkeit und Aktionismus nicht zum Ziel führen. Es braucht geeignete Foren und Verträge. Das haben im vergangenen Jahr die Nichtverbreitungskonferenz in New York oder die Ratifizierung des New Start-Vertrags belegt. Mit Nachdruck drängen wir auf weitere Abrüstungsschritte mit Russland. Nordkorea und Iran bedrohen mit ihren Rüstungsprogrammen den Frieden in der Welt. Iran verletzt weiter UN-Resolutionen mit der fortgesetzten Arbeit an seinem Nuklearprogramm und verweigert sich einer transparenten Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEO. Es ist deshalb wichtig, dass die NATO - wenn möglich gemeinsam mit Russland - an einer Raketenabwehr arbeitet, um unsere Sicherheit zu gewährleisten.

2. Rahmenprogramm Gesundheitsforschung

Die Bundesregierung stellte in dieser Woche das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung vor, dessen Ziel es ist, die Qualität und Sicherheit der Gesundheitsversorgung der Patienten weiter zu steigern. Hierzu werden weitreichende Forschungserkenntnisse und deren effiziente Übertragung in die breite medizinische Versorgung benötigt. Das Rahmenprogramm definiert die strategische Ausrichtung der medizinischen Forschung für die kommenden Jahre und ist Grundlage für die Finanzierung medizinischer Forschung an Hochschulen, Universitätskliniken, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft. Dabei wird die Strategie verfolgt, die besten Wissenschaftler zusammenzuführen und so die rasche Übertragung des Wissens vom Labor in die Praxis zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei diejenigen Krankheiten, die die meisten Menschen betreffen, die so genannten Volkskrankheiten. Zur Erforschung dieser Volkskrankheiten werden sechs Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung gegründet, in denen die jeweils besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Hochschulmedizin und außeruniversitären Einrichtungen zusammengeführt und langfristig gefördert werden. Das Deutsche Zentrum für neurodegenerative Erkrankungen sowie das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung haben bereits ihre Arbeit aufgenommen.

Die vier weiteren Zentren für die Gebiete Infektion, Lungenerkrankungen, Herz-Kreislauf- Erkrankungen und Krebs werden im nächsten Jahr gegründet. Besonders erfreulich ist, daß die Medizinische Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Heidelberg, dem Deutschen Krebsforschungszentrum und dem European Molecular Biology Laboratory (EMBL) ein ausgewählter Partnerstandort des DeutschenZentrums für Herz-Kreislauf-Forschung ist.

Mit dem Aktionsfeld "Individualisierte Medizin" wird im Rahmenprogramm ein noch neuer Aspekt der Medizinforschung angegangen. Viele Krankheiten, so hat die medizinische Forschung der vergangenen Jahre gezeigt, verlaufen sehr unterschiedlich - zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen (z.B. Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit) oder ganz individuell zwischen einzelnen Menschen. Dies muß bei Diagnose und Therapie berücksichtigt werden. Zur intensiveren Erforschung dieser individuellen Unterschiede werden daher neue Förderinitiativen aufgelegt. Weitere Aktionsfelder des Programms sind die Präventions- und Ernährungsforschung, die Versorgungsforschung, die Forschungsförderung für die Gesundheitswirtschaft und die Gesundheitsforschung in globaler Kooperation. Dafür plant das Bundesministerium für Bildung und Forschung für das Jahr 2011 die Rekordsumme von mehr als einer Milliarde Euro ein, für den Zeitraum 2011 bis 2014 sogar mehr als 5,5 Milliarden Euro.

3. Relevantes für Mannheim und die Region

Hochwasserschutz für Mannheim

Seit einiger Zeit habe ich mich intensiv über den Stand des Hochwasserschutzes am Rhein informiert. Der derzeitige Stand der Dammrückverlegung in Kirschgartshausen spiegelt den bisherigen Fortgang des Hochwasserschutzes in Baden-Württemberg wider. Bei der Maßnahme in Kirschgartshausen handelt es sich nämlich um Teil II des Hochwasserschutzprogramms „Integriertes Rheinprogramm“ (IRP). Langfristig kann der Hochwasserschutz in Mannheim aber nur verbessert werden, wenn auch der erste Teil des IPR abgeschlossen ist. Dieser erste Teil umfasst den Bau von 13 Hochwasserrückhalteräumen entlang des Rheins in Baden-Württemberg, der ursprünglich bis 2015 fertiggestellt sein sollte. Aufgrund langwieriger Diskussionen und erheblicher Widerstände der betroffenen Gemeinden wird nun jedoch erst frühestens 2028 mit dem Abschluß der Baumaßnahmen gerechnet. Diese erhebliche Verzögerung um 15 Jahre stellt ein unkalkulierbares Risiko auch für Mannheim dar und ist nicht hinnehmbar. Ich habe deshalb die Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, Tanja Gönner, in einem Schreiben aufgefordert, alles daran zu setzen, das Verfahren zu beschleunigen und die Rückhaltebecken noch weit vor 2028 fertigzustellen. Erst wenn das gesamte Programm verwirklicht ist, besteht auch für Mannheim ein optimaler Hochwasserschutz. Ich appelliere deshalb an alle Beteiligten, örtliche Befindlichkeiten dem übergeordneten Interesse unterzuordnen. Gerade angesichts sich häufender Naturkatastrophen hat der Schutz der Bevölkerung absoluten Vorrang und darf weder an finanziellen Hürden noch an bürokratischen Barrieren scheitern.

Ende 2012 Maßnahmen zur Bahnlärmsanierung in den Mannheimer Stadtteilen

Der Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, teilte mir auf meine Anfrage hin mit, daß Mitte dieses Jahres mit der Einleitung der Planfeststellungsverfahren zur Bahnlärmsanierung der Mannheimer Ortsdurchfahrten begonnen werden soll. Die Deutsche Bahn ProjektBau gehe, so der Staatssekretär in seinem Schreiben, davon aus, daß die Dauer des Planfeststellungsverfahrens mindestens 15 Monate betragen wird und mit dem Beginn von Lärmsanierungsmaßnahmen in den Ortsdurchfahrten von Mannheim Ende 2012 zu rechnen ist. Ich erwarte, daß bei der

Deutschen Bahn ein nachhaltiges Konzept für alle betroffenen Stadtteile erarbeitet wird, damit die Lärmbelastigungen für die Bewohner spürbar abnehmen.

Suche nach Gastfamilien für internationale Austauschschüler

Die gemeinnützige Austauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. sucht nach Gastfamilien für internationale Austauschschüler. Die Schüler sind zwischen 15 und 18 Jahren alt und kommen aus rund 50 Ländern weltweit. Die Jugendlichen leben ab September 2011 für ein Jahr als neues Familienmitglied in einer deutschen Familie und besuchen in dieser Zeit eine weiterführende Schule. Ich halte dieses Austauschprogramm angesichts einer immer mehr zusammenwachsenden Welt für sehr interessant. Umso wichtiger ist es, offen aufeinander zuzugehen und die Lebens- und Denkweise der anderen zu verstehen. Durch dieses gemeinsame Jahr entstehen oft intensive Freundschaften aus aller Welt. Deshalb würde ich mich freuen, wenn sich weltoffene und interessierte Familien in Mannheim und Umgebung bewerben würden und ihren Alltag für ein Jahr mit einem jungen Austauschschüler teilen. Auch Alleinerziehende und Paare ohne Kinder sind willkommen. Weitere Informationen erhalten Interessierte beim AFS-Regionalbüro Süd unter 0711/8060769-0, auf der Homepage www.afs.de/gastfamilie oder in meinem Büro Tel. 030/227-72292, E-Mail: egon.juettner@bundestag.de).

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de